

Trockenheit verschärft die Lage - Kaniber: Heimische Betriebe sind kritische Infrastruktur - Bayern unterstützt Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Wein- und Gartenbau

31.7.2026 - | Bayerische Staatsregierung

(31.07.2026) München - Trockenheit, steigende Kosten und zunehmender Wettbewerbsdruck treffen viele land- und forstwirtschaftliche Betriebe in Bayern gleichzeitig. Für Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber ist das mehr als eine Herausforderung für einzelne Höfe: „Unsere landwirtschaftlichen Betriebe gehören zur kritischen Infrastruktur. Wer Versorgungssicherheit will, muss sie wirtschaftlich stark halten.“ Der Freistaat unterstützt deshalb Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Wein- und Gartenbau mit konkreten Hilfen und Investitionen.

Die Versorgung der Menschen mit hochwertigen heimischen Lebensmitteln, der Aufbau klimastabiler Wälder und der Erhalt unserer Kulturlandschaft sind wichtiger denn je. Gerade in geopolitisch unsicheren Zeiten zeigt sich, wie unverzichtbar eine leistungsfähige heimische Land- und Forstwirtschaft ist. Gleichzeitig setzen regionale Trockenheit, Ertragseinbußen, knappe Futtermittelvorräte und steigende Betriebskosten viele Betriebe unter Druck. „Unsere Bauern, Winzer, Waldbesitzer und Gartenbauer leisten jeden Tag Enormes. Gerade deshalb nehmen wir ihre Sorgen sehr ernst. Wo die Trockenheit anhält, sind die Folgen bereits deutlich spürbar. Wir haben die Entwicklung im Blick und stehen im engen Austausch mit unseren Fachstellen und den Berufsständen“, betont Bayerns Landwirtschafts- und Forstministerin Michaela Kaniber.

Regionale Trockenheit verschärft wirtschaftlichen Druck auf die Betriebe

Die aktuellen Herausforderungen reichen dabei über die Trockenheit hinaus. Die Branchen kämpfen gleichzeitig mit gestiegenen Betriebskosten, zusätzlichen Belastungen durch den steigenden CO₂-Preis sowie höhere Personalkosten infolge des gestiegenen gesetzlichen Mindestlohns. Gerade arbeitsintensive Betriebszweige wie der Wein-, Obst- und Gemüsebau geraten dadurch zunehmend unter Wettbewerbsdruck. „Unsere landwirtschaftlichen Betriebe zählen ganz klar zur kritischen Infrastruktur, dem müssen wir uns bewusstwerden. Schon länger fordere ich daher ein Aussetzen der CO₂-Steuer. Die Energiekosten dürfen die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Betriebe nicht weiter verschlechtern. Hier muss ich auch meine Kritik an der 1:1 Umsetzung des gesetzlichen Mindestlohns auf die Landwirtschaft erneuern. Wir sollten diesen Schritt nochmals sehr kritisch prüfen“, stellte Kaniber klar.

Treffen Trockenheit, steigende Kosten und rückläufige Einnahmen zusammen, geraten viele Betriebe in wirtschaftliche Bedrängnis. „Wenn unsere Betriebe auch künftig für Ernährungssicherheit, Klimaschutz und Landschaftspflege sorgen sollen, müssen wir ihnen wirtschaftlich den Rücken stärken. Gerade jetzt brauchen sie Planungssicherheit, Liquidität und vor allem weniger Bürokratie“, fügte die Ministerin an.

Bayern übernimmt Verantwortung. Der Freistaat unterstützt die Betriebe mit konkreten Maßnahmen, schafft Liquidität und investiert in Vorsorge, Forschung und Klimaanpassung. „Wir helfen dort, wo wir helfen können. Klimaanpassung gelingt nur mit wirtschaftlich starken Höfen,

Weinbaubetrieben und Waldbesitzern“, so die Ministerin weiter.

Hilfen bei Futternot und Liquiditätsengpässen

Wo Trockenheit die Futterversorgung erschwert, stehen den Betrieben verschiedene Hilfen zur Verfügung. So können nach dem Wegfall der Pflichtstilllegung freiwillige Brachen zur Futtergewinnung genutzt werden. Soweit Brachen allerdings in bestimmte Ökoregelungen, in das Kulturlandschaftsprogramm (KULAP) oder den Vertragsnaturschutz einbezogen sind, kann bei Nutzung der Fläche keine Prämie mehr gewährt werden. In diesen Fällen ist eine Kontaktaufnahme mit dem zuständigen Landwirtschaftsamt nötig. Ergänzend vermittelt die Futterbörse des Bayerischen Bauernverbands schnell und unbürokratisch Futterangebote und -gesuche und hilft so, regionale Engpässe auszugleichen.

Wetterextreme lassen sich nicht verhindern, ihre wirtschaftlichen Folgen aber absichern. Deshalb fördert Bayern die Mehrgefahrenversicherung und übernimmt bis zu 50 Prozent der Versicherungsprämie. Die Versicherung schützt die Betriebe unter anderem vor den finanziellen Folgen von Trockenheit, Hagel, Starkregen, Sturm und Spätfrost.

Für Betriebe, die dennoch vorübergehend in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten, stehen zudem die Förder- und Liquiditätsprogramme der Landwirtschaftlichen Rentenbank zur Verfügung.

Was die Forderung einzelner Betriebe und Verbandsvertreter, nach einer vorzeitigen Auszahlung von Vorschüssen bei den Direktzahlungen der Gemeinsamen Agrarpolitik betrifft, so spricht Ministerin Kaniber eine klare Warnung aus. Ein solches Vorgehen würde die Schlusszahlung bis weit in das kommende Jahr verzögern und bringt deshalb keinen Vorteil. Gleichzeitig versichert die Ministerin, dass der Freistaat dazu steht, die Direktzahlungen und auch die weiteren Flächen- und Tierprämien, insbesondere die Ausgleichszulage und das Bayerische Kulturlandschafts- und Vertragsnaturschutzprogramm auch in diesem Jahr wieder zügig und verlässlich in vollem Umfang im Dezember an die bayerischen Betriebe auszuzahlen. Denn gerade in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten sind diese Mittel ein wichtiger Beitrag zur Liquidität und geben den Betrieben die notwendige Planungssicherheit.

Gleichzeitig begrüßt Kaniber, dass Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer auf eine schnelle Auszahlung der EU-Beihilfen für Dünge- und Energiekosten von insgesamt 60 Millionen Euro für ganz Deutschland drängt und diese mit zusätzlichen 120 Millionen Euro Bundesmittel aufstocken möchte.

Forschung stärkt die Landwirtschaft im Klimawandel

Langfristig setzt Bayern auf Forschung und Innovation. An der Trockenforschungsstation Schwarzenau der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft werden Kulturarten, Sorten und Anbausysteme unter Trockenstress untersucht. Die Erkenntnisse fließen unmittelbar in die Beratung der landwirtschaftlichen Praxis ein und helfen den Betrieben, sich auf veränderte Klimabedingungen einzustellen. Neben Forschung und Beratung gewinnt auch eine leistungsfähige Bewässerungsinfrastruktur an Bedeutung. Gerade im Gemüse-, Obst- und Weinbau hilft sie, Erträge und Qualität auch in längeren Trockenphasen zu sichern. „In Phasen anhaltender Trockenheit und Hitze ist eine verlässliche Bewässerung ein wichtiger Baustein der Versorgungssicherheit. Es geht schließlich um unsere Lebensmittel. Investitionen in eine moderne Bewässerungsinfrastruktur sind Investitionen in die Zukunft unserer heimischen Lebensmittelproduktion“, betont Kaniber.

Waldumbau macht Bayerns Wälder widerstandsfähiger

Auch Bayerns Wälder leiden unter der Trockenheit. Hitze und fehlender Niederschlag lassen erneut

die Waldbrandgefahr stark ansteigen. Die beste Vorsorge gegen Waldbrände ist der Waldumbau. Mischwälder sind deutlich weniger gefährdet als reine Nadelwälder und bei Trockenheit auch widerstandsfähiger. Deshalb unterstützt der Freistaat die Waldbesitzer beim Waldumbau. Allein im vergangenen Jahr hat Bayern rund 75 Millionen Euro in die Zukunft der Wälder investiert. Dahinter stehen unter anderem rund 12,5 Millionen neu gepflanzte Zukunftsbäume und rund 1.700 Maßnahmen für die insektizidfreie Borkenkäferbekämpfung. Hier unterstützte der Freistaat die Waldbesitzer im vergangenen Jahr mit knapp 10 Millionen Euro. Gleichzeitig hat der Freistaat die Waldförderung im letzten Jahr grundlegend verbessert: Für die Wiederaufforstung erhalten private und kommunale Waldbesitzer heute 3,80 Euro je Pflanze, ergänzt um attraktive Zuschläge – etwa im Schutzwald oder für Kleinprivatwaldbesitzer. So schafft Bayern starke Anreize für den zügigen Aufbau klimaresilienter Mischwälder.

Unterstützung für den fränkischen Weinbau

Der Weinbau prägt seit Jahrhunderten die fränkische Kulturlandschaft und ist zugleich ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für viele Regionen. Umso wichtiger ist es, die Winzerinnen und Winzer gerade in Zeiten zunehmender Wetterextreme und schwieriger Märkte zu unterstützen. Bayern hat deshalb zuletzt wichtige Entlastungen auf den Weg gebracht. So wird der Freistaat die Förderung für Steillagen um rund 50 Prozent erhöhen und stärkt damit gezielt die besonders arbeitsintensiven Weinbaubetriebe. Flankiert werden diese Maßnahmen durch Investitionen in Innovation, Digitalisierung und die Weiterentwicklung klimaangepasster Anbauverfahren.

Bayern drängt auf bessere Wettbewerbsbedingungen

Der Freistaat unterstützt die Betriebe dort, wo er in eigener Verantwortung handeln kann. Viele entscheidende Rahmenbedingungen werden jedoch in Berlin oder Brüssel gesetzt. Deshalb drängt Bayern dort auf weitere Verbesserungen. Als Vorsitzende der deutschen Agrarministerkonferenz setzt sich Kaniber gemeinsam mit den Ländern seit Monaten für spürbare Verbesserungen der Rahmenbedingungen ein. Ziel ist es, die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Land- und Forstwirtschaft zu stärken, bürokratische Hürden abzubauen und den Betrieben wieder mehr unternehmerische Freiräume zu geben. „Deshalb habe ich den Bürokratieabbau zu einem zentralen Anliegen der Agrarministerkonferenz gemacht. Wer Versorgungssicherheit erhalten will, muss den Betrieben wieder Luft zum Arbeiten verschaffen.“

Aus Sicht Bayerns sind jetzt insbesondere folgende Schritte auf Bundes- und EU-Eben notwendig:

- das Liquiditätsprogramm der Rentenbank weiter zu guten Konditionen aufrechtzuerhalten sowie die Düngehilfen der EU aufzustocken und möglichst unbürokratisch an die Betriebe auszuzahlen;
- die Erarbeitung des Nationalen Wiederherstellungsplanes zu stoppen, bis die Wiederherstellungs-Verordnung grundlegend geändert ist, um den Aufbau klimastabiler Wälder nicht zu gefährden;
- das Düngerecht verursachergerecht, rechtssicher und praxistauglich weiterzuentwickeln. Dazu gibt es konkrete Vorschläge, die jetzt schnell rechtlich umgesetzt werden müssen;
- durch das Tierhaltungskennzeichnungsgesetz drohen neue Bürokratie und ohne Kennzeichnung der EU-Ware neue Wettbewerbsnachteile für die heimische Erzeugung; ein solches Gesetz sollte der Bund erst gar nicht einführen;
- unnötige und überzogene Dokumentations-, Melde- und Nachweispflichten sind konsequent abzubauen, bei Düngung, Pflanzenschutz oder Entwaldungsverordnung;
- Investitionen in die Tierhaltung brauchen vereinfachte Genehmigungen und 20-jährigen Bestandsschutz;
- land- und forstwirtschaftliche Betriebe dürfen bei künftigen politischen Entscheidungen möglichst nicht weiter belastet werden;
- nationale Sonderwege und nationales „Goldplating“ sind zu vermeiden und gleiche

Wettbewerbsbedingungen innerhalb Europas sind sicherzustellen.

„Unsere Betriebe stehen im europäischen Wettbewerb. Zusätzliche nationale Sonderregeln helfen weder dem Klima noch dem Tierwohl noch den Verbraucherinnen und Verbrauchern. Denn sie führen nur dazu, dass Produktion ins Ausland verlagert wird. Das kann niemand wollen. Wer Versorgungssicherheit ernst meint, muss heimische Produktion stärken, statt sie auszubremsen. Dazu muss auch der Handel durch fairen Umgang mit den Erzeugern beitragen.“

Bewusste Kaufentscheidungen stärken Bayerns Betriebe

Zum Abschluss appellierte Kaniber auch an die Verbraucherinnen und Verbraucher: „Mit jeder bewussten Kaufentscheidung für heimische Lebensmittel stärken Verbraucherinnen und Verbraucher unsere bäuerlichen Familienbetriebe. Regionalität bedeutet Qualität, kurze Wege und Vertrauen. Vor allem aber trägt sie dazu bei, dass wir auch künftig hochwertige Lebensmittel aus Bayern erzeugen können.“

Versorgungssicherheit beginnt nicht erst in Krisenzeiten – sie entsteht jeden Tag durch Kaufentscheidungen der Verbraucher, stabile und faire Versorgungsketten und vor allem durch die wertvolle Arbeit unserer Bäuerinnen und Bauern auf unseren Höfen, in unseren Weinbergen und in unseren Wäldern.“

<https://www.bayern.de/trockenheit-verschaerft-die-lage-kaniber-heimische-betriebe-sind-kritische-inf-rastruktur-bayern-unterstuetzt-landwirtschaft-forstwirtschaft-wein-und-gartenbau>